

Presseinformation

CO₂-Grenzausgleich der EU-Kommission könnte stahl- und metallverarbeitende Unternehmen zwei Milliarden Euro kosten

Aktuelle Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft – WSM fordert Nachbesserung

Düsseldorf/Hagen, 05. Jan. 2022. Zwei Milliarden Euro Zusatzkosten könnten auf stahl- und metallverarbeitende Zulieferer zukommen – als Folge des von der EU-Kommission vorgeschlagenen europäischen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus. Das ist das alarmierende Ergebnis einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln zu den Auswirkungen des Carbon Border Adjustment Mechanism – kurz CBAM. Er würde die Stahlhütten vor ausländischer Konkurrenz mit größeren CO₂-Belastungen bei geringerem CO₂-Preis schützen, die Stahlverarbeiter aufgrund steigender Vormaterialkosten aber in den Ruin treiben. Und das Abwanderungsrisiko stark erhöhen. Auftraggeber der Untersuchung ist der Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung (WSM). Er fordert von der EU-Kommission dringend Nachbesserung und die Einbeziehung der gesamten Wertschöpfungskette.

EU-Vorschlag greift zu kurz

„Der EU-Vorschlag vom 14. Juli 2021 greift zu kurz“, kritisiert WSM-Hauptgeschäftsführer Christian Vietmeyer. „Nur mit ganzheitlichem Blick auf alle Akteure der Lieferkette lässt sich ein Carbon-Leakage verhindern.“ Das IW Köln rechnet vor, dass sich die Kosten der Stahlverarbeiter in Deutschland um zwei Milliarden Euro und etwa 3,5 Prozent der Wertschöpfung der Branche erhöhen würden, „wenn der CO₂-Preis auf Stahl dank Grenzausgleich und damit verbundenem Wegfall der kostenfreien Zuteilung von Emissionszertifikaten voll durchschlägt.“ Diese fatale Entwicklung würde die komplette, rund zweiprozentige Umsatzrendite der Stahlverarbeiter schlucken, zumal die meist mittelständischen Betriebe die Kosten nicht weitergeben können. Sie wären nicht mehr wettbewerbsfähig.

Verteuerung könnte unzählige Arbeitsplätze kosten

Unzählige Jobs wären damit in Gefahr – die zehn am stärksten von hohen Stahlpreisen betroffenen Branchen stellen ein Sechstel der deutschen Arbeitsplätze. Einen ähnlichen Negativeffekt hatten vor ein paar Jahren die Stahlzölle in den USA: Sie sicherten laut Schätzungen rund 1.000 Jobs in der Stahlproduktion, vernichteten aber 75.000 in nachgelagerten Branchen.

WSM
Wirtschaftsverband
Stahl- und Metallverarbeitung e.V.
Uerdinger Straße 58-62
40474 Düsseldorf
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon +49 (0) 211 95 78 68 22
cvietmeyer@wsm-net.de
<http://www.wsm-net.de>
Pressekontakt:
Eva Machill-Linnenberg, mali pr
Telefon +49 (0)2331 46 30 78
wsm@mali-pr.de

CBAM: Im Prinzip gut, aber einseitig

Der Verband bezweifelt nicht die Notwendigkeit des Grenzausgleichs. Vietmeyer: „Der Ansatz ist im Prinzip gut. Klimaschutz ist für die europäische Industrie teuer – sie verringert ihre CO₂-Emissionen durch Investitionen und bezahlt einen steigenden CO₂-Preis. Wenn sie am Standort weiter produzieren soll, braucht sie international vergleichbare Wettbewerbsbedingungen und den Schutz vor günstiger hergestellten Importprodukten.“ Gefährlich ist die einseitige Begrenzung des Ausgleichs auf die pure Erzeugung von Zement, Aluminium und Stahl.


Exportnachteile ausgleichen – Stahl- und Metallverarbeiter führen 25 Prozent aus

Stahl- und Metallverarbeiter wären auch auf internationalen Märkten benachteiligt, da der Grenzausgleich nur für Importe vorgesehen ist. Die stahlverarbeitende Industrie exportiert aber ein Viertel ihrer Produktion in Staaten außerhalb der EU, weitere 25 Prozent entfallen auf Produkte, die wiederum ausgeführt werden. „Sie ist auf den Export angewiesen – ohne Rabattierung der Kosten kann sie auf den Weltmärkten aber nicht mehr konkurrieren“, unterstreicht Christian Vietmeyer.

Der WSM vertritt stahl- und metallverarbeitende Branchen mit rund 5.000 Unternehmen und circa 400.000 Mitarbeitern. Hier seine Forderungen auf einen Blick:

- **Folgen für die gesamte Wertschöpfungskette einschätzen:** Die EU-Kommission muss die Auswirkung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus auf allen Stufen eingehend prüfen. Ziel ist die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit nachgelagerter Industrien.
- **Carbon-Leakage verhindern:** Nur die ganzheitliche Einbeziehung der gesamten Wertschöpfungskette kann die Abwanderung bei nachgelagerten Verarbeitungsstufen vermeiden. Und so die Arbeitsplätze in der Stahl- und Metallverarbeitung sichern.
- **Exportkosten rabattieren:** Diese Maßnahme erhält die Wettbewerbsfähigkeit stahlverarbeitender Industrien auf den Weltmärkten.

Text 3.928 Z. inkl. Leerz.

BU	Foto Nr.	Foto
Der WSM (Foto: Hauptgeschäftsführer Christian Vietmeyer) fordert von der EU-Kommission beim Thema CBAM dringend Nachbesserung und die Einbeziehung der gesamten Wertschöpfungskette	01	

Foto/s: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung (WSM) – Abdruck honorarfrei – bitte nur mit Quellenangabe. Foto: Mourad Ben Rhouma

Über den WSM:

Die stahl- und metallverarbeitende Industrie in Deutschland, das sind: Rund 5.000 vorwiegend familiengeführte Betriebe, die mit über 400.000 Beschäftigten über 80 Milliarden Euro Umsatz im Jahr erwirtschaften. Die Unternehmen beschäftigen im Durchschnitt 100 Mitarbeiter und sind mit Abstand die wichtigsten Kunden der Stahlerzeuger.

Die Branche zeichnet sich durch hohe Spezialisierung und Wettbewerbsintensität aus. Die Unternehmen fertigen für die internationalen Märkte der Automobil-, Elektro- und Bauindustrie, den Maschinenbau und den Handel.

Der WSM ist Dachverband für 14 Fachverbände. Zusammen bündeln sie die Interessen einer der größten mittelständischen Branchen in Deutschland und sind Sprachrohr für deren wirtschaftspolitische Vertretung auf Länder-, Bundes- und europäischer Ebene. Sie suchen den Ausgleich mit marktmächtigen Abnehmern und Lieferanten aus Industrie und Handel. Und sie fordern bessere Rahmenbedingungen für Wachstum, Dynamik und Wettbewerb – ob bei Steuern, Abgaben, Recht, Forschung, Umwelt, Energie oder Technik.

4